

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2530

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2530



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Wehe, wenn sie losgelassen

Die Stunde der Geldverteiler

Von Ulrich Schlüer, Verlagsleiter «Schweizerzeit»

Buchstäblich über Nacht verfügte der Bundesrat Mitte März den Wirtschafts-Stillstand – um die Ausbreitung des Corona-Virus spürbar zu verzögern.

Nicht eigene Fehlleistungen, nicht eigenes Versagen löste für Tausende KMU-Betriebe den Stillstand aller Geschäftstätigkeit aus. Es war die bundesrätliche Notstands-Verfügung, welche die Betriebe traf. Viele, auch durchaus gesunde Betriebe gerieten darob in grosse Schwierigkeiten.

Nicht das langfristige Überleben war bedroht. Wohl aber die Verfügbarkeit flüssiger Mittel war blockiert – für viele existenzbedrohend.

Milliarden als Soforthilfe

Beispielhaft rasch, beispielhaft unbürokratisch – ausgehandelt direkt zwischen Bundesrat und Wirtschaft, also an der Verwaltung vorbei – gelang es den für Wirtschaft – Bundesrat Guy Parmelin – und für Finanzen – Bundesrat Ueli Maurer – zuständigen Departements-Vorstehern, das Schlimmste abzuwenden. Öffentlichkeit und Medien, aber auch viele ausländische Beobachter waren perplex ob des ebenso raschen wie zielbewusst und wirksamen Handelns dieser zwei Regierungsmitglieder.

Die Parlamentarier waren verblüfft. Es verschlug ihnen die Sprache ob des rasch entschlossenen Handelns im Interesse vieler tausend Betriebe, in denen Hunderttausende ihr Einkommen verdienen. Nach Tagen erst begannen sie sich wieder zu regen. Vor allem links-grüne Berufspolitiker drängten auf eine Sondersession – wohl eher auf Taggelder denn auf wichtige Beschlussfassungen schielend. Hegt doch niemand Appetit, das Rettungsprogramm der Bundesräte Ueli Maurer und Guy Parmelin wieder umzustürzen.

Der Appetit wächst

Inzwischen scheinen allerdings auch die notorisch grosszügigen Verteiler nicht von ihnen erarbeiteter Gelder erwacht. Dass der Bundesrat rückzahlbare Darlehen verbürgt, nicht Geschenke verteilt hat, übersehen sie ebenso vorsätzlich wie grosszügig.

Geldregen wird beschworen, für den eilends Bedürftige ausgemacht werden. Und schon springt die Melkmaschine am Bundeshaushalt an. Wer – als Verbands-Schlaumeier oder als Exponent einer subventionsschwangeren Interessengruppe Geld mobilisieren will, fühlt sich in der Technik des Kassen-Leerens zuhause: Man verspricht einem Kollegen (oder selbst einem Gegner), ihn bei seiner Melkaktion zu unterstützen, wenn er im Gegenzug auch das eigene Melkbegehren mitträgt. Päckli-Politik nennt sich dieses Vorgehen, das einem Maximum sich türmender Zusatzwünsche zum Durchbruch verhilft, womit die Bundeskasse um weitere mehrere hundert Millionen oder gar um Milliarden erleichtert werden dürfte.

700 Milliarden

Denn deren Inhalt, beteuert vor allem die geldgierige Linke, sei unerschöpflich. Volle siebenhundert Milliarden, behauptet der unverschämteste Forderer, Gewerkschafts-Generalsekretär Daniel Lampart, stünden zum Abholen bereit. Woher bloss? Aha? Er will sich an den Milliarden des Nationalbank-Vermögens vergreifen. Hat doch diese Schweizerische Nationalbank seit Ausbruch der Euro-Krise tatsächlich in solch exorbitantem Umfang Euro aufgekauft, damit die marktuntaugliche EU-Einheitswährung gegenüber dem Franken nicht ganz ins Untergeschoss falle. Sind diese siebenhundert Milliarden jetzt plötzlich «Verbrauchsmaterial» für geldgierige Funktionäre?

Die Nationalbank könnte ja wenigstens eine einzige dieser rund siebenhundert Milliarden Euro versuchsweise einmal zum Verkauf anbieten. Eine Vision, die jeden Finanzjongleur auf dieser Welt ins Zittern bringt, weil jeder nur zu genau weiss: Würde die Schweizerische Nationalbank Verkaufsabsichten auch nur für einen Bruchteil der sich einverleibten Euro äussern, würde dies weltweit als «verschwundenes Vertrauen in die EU-Einheitswährung» bewertet, was den Eurokurs ins Bodenlose fallen liesse.

In der Nationalbank-Bilanz werden die in Wahrheit unverkäuflichen Euro zwar tatsächlich als «Vermögen» aufgeführt, als wären sie siebenhundert Milliarden wert. Doch diese siebenhundert Milliarden sind unverkäuflich, weil dem Euro jedes werthaltige Fundament fehlt. Weil der Euro nur noch aus gähnend tiefen, sich laufend weiter öffnenden Schuldenlöchern besteht. Würde sich eine Firma anmassen, Vergleichbares als «Reserve», als «Vermögensteil» in ihrer Bilanz

aufzuführen: Ihr Inhaber oder sein Buchhalter oder beide zusammen sassen morgen schon hinter Gittern – als Betrüger!

Unerschöpfliche Staatsfinanzen?

Wenn es um Staatsfinanzen geht, wird uns entgegengehalten, könne man nicht in Hausfrauenmanier so kleinlich denken. Und so suhlen sich Geldverschleuderer als Wohltäter vor Kameras und Mikrofonen der Medien – von völlig unkritischen Medienschaffenden angehimmelt statt hinterfragt.

Ein ganz bestimmtes Wort fällt in derart zelebrierter Wohltätigkeit beharrlich nie – weder von Seiten der sich als Wohltäter feiernden Politiker noch von Seiten der Medienschaffenden: Das Wort «Steuerzahler». Denn das, was aus der Bundeskasse reichlich verteilt wird, muss von gänzlich zum Schweigen verurteilten Steuerzahlern aufgebracht werden. An diese eisern feststehende Tatsache darf indessen niemand erinnert werden – darüber besteht vollumfängliche Einigkeit zwischen linksgrünen Verteilern und ihren Freunden in den Medien.

Gegenkräfte?

Gibt es wenigstens einige Persönlichkeiten, gibt es politische Kräfte, die an dieser derben Art der Geldverschwendung Anstoss nehmen? Es gibt sie. Sogar recht zahlreich. Insbesondere unter den KMU-Unternehmern.

Vor allem unter jenen, die gewillt sind, die Rettungsdarlehen, die sie vom Bund jetzt in schwieriger, nicht von ihnen verschuldeter Situation fürs kurzfristige Überleben erhalten haben, wieder zurückzubezahlen – innert der ihnen gewährten Frist von fünf Jahren. Nicht nur neue Schulden haben sie abzutragen, ihre Firmen müssen, wollen sie auf der Höhe der Zeit bleiben, wollen sie weiter markttaugliche Spitzenprodukte anbieten können, auch investitionsfähig bleiben. Da entscheidet sich, ob sie mittel- und langfristig bestehen können.

Werden die vielfältigen bürokratischen Belastungen, die allen Leistungserbringern in der Schweiz aufgebürdet sind, nicht deutlich – sowohl personell als auch finanziell um mindestens zwanzig Prozent – und rasch abgebaut, dann werden tausende KMU-Betriebe den Tag des Darlehens-Ablaufs nicht mehr erleben. Vor dieser Realität muss die Schweiz bestehen. Vor dieser Realität entscheidet sich, ob die KMU-Wirtschaft – als Rückgrat der Schweiz immer wieder gefeiert – überleben und gedeihen kann. Aus eigener Kraft, nicht mit Bundesmanna.

Wo im Lande Schweiz ist der Politiker, der diese elementare Tatsache mit all ihren Auswirkungen endlich offen anspricht – nicht nach Applaus gierend, aber der Wahrheit dienend.

Ulrich Schluer